

24. Jahresempfang der Wirtschaft: Handwerkskammerpräsident Hans-Jörg Friese fordert zügige Reformen und mehr Vertrauen in die Politik

22. Januar 2025

In seiner Rede zum 24. Jahresempfang der Wirtschaft mahnt Hans-Jörg Friese, Präsident der Handwerkskammer Rheinhausen umfassende Reformen in Deutschland an. Er kritisierte die ausbleibende Problemlösungsfähigkeit des Staates, insbesondere in den Bereichen Bürokratieabbau, Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung. „Ein Handwerker ist nur dann erfolgreich, wenn seine Kunden ihm langfristig vertrauen. Dies erreicht er in dem er Mängel erkennt, Probleme löst, Absprachen einhält und Ergebnisse liefert. Das Gleiche gilt auch für die Politik und unsere Demokratie“, betont Friese. Diese müsse daher dringend das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen.

Ansprechpartnerin:
Anja Obermann
Telefon 06131 9992-400
Telefax 06131 9992-783
a.obermann@hwk.de

Handwerkskammer Rheinhausen
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

presse@hwk.de
www.hwk.de

Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen fordert Friese, dass die nächste Bundesregierung geschlossen und handlungsfähig sein müsse. „Unser Land hat keine Zeit mehr zu verlieren“, warnt er und appellierte an alle demokratischen Parteien, den Fokus auf Lösungen zu legen, anstatt sich in parteipolitischen Auseinandersetzungen zu verlieren.

Besonders hebt Friese die Verantwortung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen hervor, die trotz der aktuellen Herausforderungen eine klare Zukunftsvision und Planungssicherheit benötigen. „Wir haben nicht vor, unsere Tätigkeit ins Ausland zu verlagern, wie dies einige Konzerne ankündigen. Doch auch wir brauchen Zuversicht und eine positive Perspektive, um weiterhin am Standort Deutschland zu investieren.“

Abschließend fordert Friese konkrete und schnelle Maßnahmen, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität zu sichern: „Die kommende Wahlperiode muss als Chance genutzt werden, unser Land zukunftsfähig zu machen. Jetzt ist der Moment für entschlossenes Handeln!“

Der Jahresempfang der Wirtschaft bleibt damit auch in diesem Jahr ein wichtiger Impulsgeber für die Debatte um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland.